2002 **Ausgegeben zu Bonn am 6. Februar 2002** **Nr. 8**

Tag	Inhalt	Seite
30. 1. 2002	Erstes Gesetz zur Änderung des Vermögenszuordnungsgesetzes FNA: 105-7, III-19-4 GESTA: C169	562
30. 1. 2002	Gesetz zur Änderung des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes FNA: 319-101, 302-2, 319-97, 360-1, 361-1, 368-1 GESTA: C175	564
30. 1. 2002	Gesetz zur Bereinigung des als Bundesrecht fortgeltenden Rechts der Deutschen Demokratischen Republik FNA: III-8, III-24, III-30, V-1, VI-4, VIII-21, VIII-22, VIII-24, VIII-26, VIII-27, X-18, X-20, X-24, X-25, X-26, XVI-7, XVIII-1, XIX-1, XIX-2, XIX-3, XIX-4, XIX-6, III-34, IV-31 GESTA: C160	567
30. 1. 2002	Gesetz zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Energieeinsparung bei Geräten und Kraftfahrzeugen (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz – EnVKG) FNA: neu: 754-17; 754-14 GESTA: E027	570
30. 1. 2002	Zweites Gesetz zur Änderung des Postgesetzes FNA: neu: 900-14/1; 900-14, 900-14-2 GESTA: E031	572
23. 1. 2002	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen FNA: 7631-1-20	573
30. 1. 2002	Erste Verordnung zur Änderung der Anwerbestoppausnahmeverordnung FNA: 860-3-11	575
31. 1. 2002	Verordnung zu § 82 des Bundesdisziplinargesetzes FNA: neu: 2031-4-6	576
4. 2. 2002	Zweite Verordnung zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung FNA: 26-1-12	578
4. 2. 2002	Post-Lizenzgebührenverordnung (PLGebV) FNA: neu: 900-14-4	579
31. 1. 2002	Anordnung zur Durchführung des Bundesdisziplinargesetzes für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern FNA: neu: 2031-4-5	580
28. 1. 2002	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (zu § 14 Abs. 4 des Gesetzes über den Ladenschluss) FNA: 1104-5, 8050-20	581

Hinweis auf andere Verkündungsblätter

Verkündungen im Bundesanzeiger	581
Bundesgesetzblatt Teil II Nr. 3 und Nr. 4	582
Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften	583

Erstes Gesetz zur Änderung des Vermögenszuordnungsgesetzes

Vom 30. Januar 2002

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Vermögenszuordnungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. März 1994 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert durch Artikel 7 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149), wird wie folgt geändert:

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 5 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Ein Antrag auf Übertragung nach Satz 1 kann nur bis zum Ablauf des 31. Dezember 2003 gestellt werden.“

b) In Absatz 6 werden nach dem Wort „Treuhandanstalt“ die Wörter „und die Zuständigkeiten eines Oberfinanzpräsidenten ganz oder teilweise“ eingefügt.

2. Die §§ 9, 14 und 15 werden aufgehoben.

3. Nach § 21 wird folgender § 22 angefügt:

„§ 22

Überleitungsvorschrift

Auf vor dem 7. Februar 2002 noch nicht bestandskräftig abgeschlossene Verfahren nach den §§ 9 und 15 ist dieses Gesetz in seiner bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung anzuwenden.“

Artikel 2

§ 6 des Investitionsvorranggesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1997 (BGBl. I S. 1996), das zuletzt durch Artikel 7 Abs. 44 des Gesetzes vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1149) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Absatz 1 wird aufgehoben.

2. Die Absatzbezeichnung „(2)“ wird gestrichen.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.
Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Gesetz zur Änderung des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes

Vom 30. Januar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes

Das Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436), zuletzt geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1887), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Nr. 2 wird wie folgt neu gefasst:

„2. die Durchführung folgender Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften:

 - a) der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten (ABl. EG Nr. L 160 S. 19);
 - b) der Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. EG Nr. L 12 S. 1).“
 - b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Verordnung“ durch das Wort „Verordnungen“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden die Wörter „genannte Verordnung gilt“ durch die Wörter „genannten Verordnungen gelten“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 werden die Wörter „die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 genannte Verordnung“ durch die Wörter „die jeweils durchzuführende Verordnung“ ersetzt.
3. § 34 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach den Wörtern „für die Ausführung von Anerkennungs- und Vollstreckungsverträgen nach diesem Gesetz“ die Wörter „und die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 44/2001“ angefügt.
 - b) In Satz 2 werden nach der Angabe „(BGBl. 1994 II S. 2658)“ die Wörter „und die Verordnung (EG) Nr. 44/2001“ angefügt.
4. § 35 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 35
Sonderregelungen über die Beschwerdefrist

Die Frist für die Beschwerde des Verpflichteten gegen die Entscheidung über die Zulassung der Zwangsvollstreckung beträgt zwei Monate und beginnt von dem Tage an zu laufen, an dem die Entscheidung dem Verpflichteten entweder in Person oder in seiner Wohnung zugestellt worden ist, wenn der Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seinen Sitz in einem anderen Vertragsstaat dieser Übereinkommen hat. Eine Verlängerung dieser Frist wegen weiter Entfernung ist ausgeschlossen. § 10 Abs. 2 und 3 Satz 2 sowie § 11 Abs. 3 Satz 1 und 2 finden in diesen Fällen keine Anwendung.“
5. § 50 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 2 und 3, Abs. 3 Satz 1 und 2“ durch die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 2 und 3, Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz und Satz 2“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Sätze 4 und 5 durch folgende Sätze ersetzt:

„Artikel 26 Abs. 5 Satz 2 und 3 der Verordnung ist sinngemäß auch dann anzuwenden, wenn der Verpflichtete seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem die Verordnung nicht gilt, oder in einem nicht der Europäischen Union angehörenden Vertragsstaat

des Übereinkommens vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1994 II S. 2658) hat. Dementsprechend finden § 10 Abs. 2 und 3 Satz 2 sowie § 11 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz keine Anwendung, wenn der Verpflichtete seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat dieses Übereinkommens hat.“

6. Nach § 54 ist folgender Abschnitt 6 anzufügen:

„Abschnitt 6

Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

§ 55

Abweichungen von Vorschriften des Allgemeinen Teils; ergänzende Regelungen

(1) Die §§ 3, 6 Abs. 1, § 7 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2, § 11 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1 erster Halbsatz und Satz 2 sowie § 18 finden keine Anwendung.

(2) Artikel 43 Abs. 5 Satz 2 und 3 der Verordnung ist sinngemäß auch dann anzuwenden, wenn der Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seinen Sitz in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in dem die Verordnung nicht gilt, oder in einem nicht der Europäischen Union angehörenden Vertragsstaat des Übereinkommens vom 16. September 1988 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl. 1994 II S. 2658) hat. Dementsprechend finden § 10 Abs. 2 und 3 Satz 2 sowie § 11 Abs. 3 Satz 1 zweiter Halbsatz keine Anwendung, wenn der Verpflichtete seinen Wohnsitz oder seinen Sitz in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat dieses Übereinkommens hat.

(3) In einem Verfahren, das die Vollstreckbarerklärung einer notariellen Urkunde zum Gegenstand hat, kann diese Urkunde auch von einem Notar für vollstreckbar erklärt werden. Die Vorschriften für das Verfahren der Vollstreckbarerklärung durch ein Gericht gelten sinngemäß.

§ 56

Bescheinigungen zu inländischen Titeln

Die Bescheinigungen nach den Artikeln 54, 57 und 58 der Verordnung werden von dem Gericht, der Behörde oder der mit öffentlichem Glauben versehenen Person ausgestellt, der die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Titels obliegt. Soweit danach die Gerichte für die Ausstellung der Bescheinigung zuständig sind, wird diese von dem Gericht des ersten Rechtzuges und, wenn das Verfahren bei einem höheren Gericht anhängig ist, von diesem Gericht ausgestellt. Funktionell zuständig ist die Stelle, der die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung des Titels obliegt. Für die Anfechtbarkeit der Entscheidung über die Ausstellung der Bescheinigung gelten die Vorschriften

über die Anfechtbarkeit der Entscheidung über die Erteilung der Vollstreckungsklausel sinngemäß.“

Artikel 2

Änderung anderer Rechtsvorschriften

(1) In § 20 Nr. 16a des Rechtspflegergesetzes vom 5. November 1969 (BGBl. I S. 2065), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3656) geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 23 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes vom 30. Mai 1988 (BGBl. I S. 662)“ durch die Wörter „nach § 21 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436)“ ersetzt.

(2) In § 2 Abs. 2 Satz 3 des Seegerichtsvollstreckungsgesetzes vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 778, 786), das durch Artikel 2 Abs. 7 des Gesetzes vom 19. Februar 2001 (BGBl. I S. 288, 436) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 4“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

(3) In der Anlage 1 (Kostenverzeichnis) zu § 11 Abs. 1 des Gerichtskostengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3047), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) geändert worden ist, werden im Gebührentatbestand Nummer 1422 nach den Wörtern „Bescheinigung nach § 54“ die Wörter „oder § 56“ hinzugefügt.

(4) § 148a der Kostenordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 361-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3513) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 148a

Vollstreckbarerklärungen und Bescheinigungen in besonderen Fällen“.

2. Folgender Absatz 3 wird angefügt:

„(3) Für Verfahren über einen Antrag auf Vollstreckbarerklärung einer notariellen Urkunde nach § 55 Abs. 3 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes erhält der Notar eine Gebühr in Höhe von 72 Euro. Für die Ausstellung einer Bescheinigung nach § 56 des Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetzes erhält der Notar eine Gebühr in Höhe von 10 Euro.“

(5) In § 37 Nr. 7 und § 58 Abs. 2 Nr. 1 der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 368-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3822) geändert worden ist, werden nach den Wörtern „Bescheinigung nach § 54“ jeweils die Wörter „oder § 56“ eingefügt.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. März 2002 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

**Gesetz
zur Bereinigung des als Bundesrecht
fortgeltenden Rechts der Deutschen Demokratischen Republik**

Vom 30. Januar 2002

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Folgende nach Artikel 9 Abs. 2 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Einigungsvertrages vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 889) fortgeltende Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik werden aufgehoben:

1. die in Anlage II Kapitel III Sachgebiet A Abschnitt 1 Nr. 8 aufgeführte Durchführungsbestimmung zum Richtergesetz – Ordnung zur Wahl und Berufung ehrenamtlicher Richter – vom 1. September 1990 (GBl. I Nr. 62 S. 1553) (BGBl. 1990 II S. 885, 1153) in Verbindung mit Artikel 4 Nr. 10 der Vereinbarung vom 18. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1239, 1243);
2. die in Anlage II Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt 1 Nr. 3 aufgeführten §§ 5, 8, 16, 21 und 23 der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22. März 1984 (GBl. I Nr. 14 S. 173), die zuletzt durch die Verordnung vom 27. Juni 1990 (GBl. I Nr. 39 S. 542) (BGBl. 1990 II S. 885, 1168) geändert worden ist;
3. die in Anlage II Kapitel III Sachgebiet D Abschnitt 1 Nr. 2 aufgeführte Anordnung über den Abschluss der Buchführung in Mark der Deutschen Demokratischen Republik zum 30. Juni 1990 vom 27. Juni 1990 (GBl. I Nr. 40 S. 593) (BGBl. 1990 II S. 885, 1193);
4. die in Anlage II Kapitel V Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 aufgeführte Verordnung über die Aufhebung bzw. Beibehaltung von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Preise vom 25. Juni 1990 (GBl. I Nr. 37 S. 472) (BGBl. 1990 II S. 885, 1201);
5. das in Anlage II Kapitel VI Sachgebiet B Abschnitt II Nr. 1 aufgeführte Gesetz über die Übertragung des Eigentums und die Verpachtung volkseigener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder und andere Bürger vom 22. Juli 1990 (GBl. I Nr. 49 S. 899) (BGBl. 1990 II S. 885, 1204), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1410);
6. die in Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 2 aufgeführte Verordnung über die Veränderung von Arbeitsrechtsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden vom 13. Juni 1990 (GBl. I Nr. 35 S. 398) (BGBl. 1990 II S. 885, 1210);
7. die in Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 3 aufgeführte Anordnung über die Förderung der Beschäftigung von Bürgern, die in ihrem Sozialverhalten gestört sind vom 29. Mai 1990 (GBl. I Nr. 34 S. 364) (BGBl. 1990 II S. 885, 1210);
8. die in Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 5 aufgeführte Verordnung über die Gewährung von Vorruhestandsgeld vom 8. Februar 1990 (GBl. I

- Nr. 7 S. 42) (BGBl. 1990 II S. 885, 1210) in Verbindung mit Artikel 4 Nr. 13 der Vereinbarung vom 18. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1239, 1244), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 26. Juli 1994 (BGBl. I S. 1796);
9. die in Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet F Abschnitt III Nr. 3 aufgeführte Verordnung zur Sozialpflichtversicherung der Arbeiter und Angestellten – SVO – vom 17. November 1977 (GBl. I Nr. 35 S. 373), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 509) (BGBl. 1990 II S. 885, 1211);
 10. die in Anlage II Kapitel VIII Sachgebiet F Abschnitt III Nr. 4 aufgeführte Verordnung über die Sozialversicherung bei der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Dezember 1977 (GBl. I 1978 Nr. 1 S. 1), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 509) (BGBl. 1990 II S. 885, 1211);
 11. die in Anlage II Kapitel X Sachgebiet D Abschnitt III Nr. 1 aufgeführte Anordnung über das Zentrale Suchtmittelbüro beim Ministerium für Gesundheitswesen vom 28. Januar 1974 (GBl. I Nr. 16 S. 149) (BGBl. 1990 II S. 885, 1219);
 12. die in Anlage II Kapitel X Sachgebiet D Abschnitt III Nr. 3 aufgeführten Vorschriften der Zweiten Durchführungbestimmung zum Suchtmittelgesetz (Verschreibungs- und Abgabeordnung) vom 28. Januar 1974 (GBl. I Nr. 16 S. 157), zuletzt geändert durch die Sechste Durchführungbestimmung zum Suchtmittelgesetz – Ergänzung des Suchtmittelverzeichnisses, weitere Bestimmungen über Verschreibung, Abgabe, Ein- und Ausfuhr – vom 27. April 1989 (GBl. I Nr. 12 S. 172) (BGBl. 1990 II S. 885, 1219);
 13. die in Anlage II Kapitel X Sachgebiet D Abschnitt III Nr. 7 aufgeführte Gemeinsame Anweisung des Ministers für Gesundheitswesen und des Ministers für Hoch- und Fachhochschulwesen zur Durchführung des Vorpraktikums vor Aufnahme des Medizin- bzw. Stomatologiestudiums vom 12. September 1983 (Verf. u. Mitt. MfGE Nr. 7 S. 57) (BGBl. 1990 II S. 885, 1220);
 14. die in Anlage II Kapitel X Sachgebiet D Abschnitt III Nr. 8 aufgeführte Anweisung zur Durchführung des Klinischen Praktikums im 6. Jahr des Medizinstudiums (Pflichtassistenz) an medizinischen Hochschuleinrichtungen und staatlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens vom 10. September 1976 (Verf. u. Mitt. MfGE 1977 Nr. 1 S. 1) in der Fassung der Änderungsanweisung vom 30. Juni 1977 (Verf. u. Mitt. MfGE 1978 Nr. 1 S. 6) (BGBl. 1990 II S. 885, 1220);
 15. die in Anlage II Kapitel X Sachgebiet H Abschnitt I aufgeführte Unterhaltssicherungsverordnung vom 19. Mai 1988 (GBl. I Nr. 11 S. 129) (BGBl. 1990 II S. 885, 1220) in Verbindung mit Artikel 4 Nr. 19 der Vereinbarung vom 18. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1239, 1244), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2322);
 16. die in Anlage II Kapitel XVI Sachgebiet B Abschnitt III aufgeführte Verordnung über die Erhöhung der Entgelte der Lehrlinge vom 15. März 1990 (GBl. I Nr. 18 S. 170) (BGBl. 1990 II S. 885, 1232);
 17. der in Anlage II Kapitel XVIII Abschnitt III aufgeführte § 6 Abs. 2 des Statistikgesetzes der DDR vom 20. Juli 1990 (GBl. I Nr. 52 S. 1004) (BGBl. 1990 II S. 885, 1234);
 18. das in Anlage II Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 1 aufgeführte Gesetz zur sinngemäßen Anwendung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) – Personalvertretungsgesetz – vom 22. Juli 1990 (GBl. I Nr. 52 S. 1014) (BGBl. 1990 II S. 885, 1235);
 19. die in Anlage II Kapitel XIX Sachgebiet A Abschnitt III Nr. 2 aufgeführte Wahlordnung zum Gesetz zur sinngemäßen Anwendung des Bundespersonalvertretungsgesetzes – Personalvertretungsgesetz, Wahlordnung – vom 22. Juli 1990 (GBl. I Nr. 52 S. 1030) (BGBl. 1990 II S. 885, 1235);
 20. der in Anlage II Kapitel XIX Sachgebiet B Abschnitt III Nr. 1 aufgeführte § 29 Abs. 1 Satz 1 und § 30 Abs. 1 und 4 des Wehrdienstgesetzes vom 25. März 1982 (GBl. I Nr. 12 S. 221) in Verbindung mit dem Beschluss über die Musterung und Einberufung zum Wehrdienst sowie die Entlassung aus dem Wehrdienst im 1. Halbjahr 1990 vom 8. Februar 1990 (GBl. I Nr. 8 S. 44) (BGBl. 1990 II S. 885, 1235);
 21. die in Anlage II Kapitel XIX Sachgebiet B Abschnitt III Nr. 2 aufgeführte Besoldungsordnung für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee vom 12. Oktober 1982 (Nr. 005/9/001) in der Fassung vom 15. August 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1235), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 der Verordnung vom 29. August 1991 (BGBl. I S. 1868);
 22. der in Anlage II Kapitel XIX Sachgebiet B Abschnitt III Nr. 4 aufgeführte § 27 Abs. 1 des Wehrdienstgesetzes vom 25. März 1982 (GBl. I Nr. 12 S. 221) in Verbindung mit der Ordnung Nr. 064/9/001 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung über die Verpflegung in der NVA (Verpflegungsordnung) vom 24. Juni 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1236).

§ 2

Folgende nach Artikel 3 der Vereinbarung vom 18. September 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Einigungsvertragsgesetzes vom 23. September 1990 (BGBl. 1990 II S. 885, 1239) fortgeltende Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik werden aufgehoben:

1. das in Nummer 7 aufgeführte Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Versicherung der volkseigenen Wirtschaft vom 13. September 1990 (GBl. I Nr. 61 S. 1488) (BGBl. 1990 II S. 885, 1241);
2. die in Nummer 15 aufgeführte Anordnung zur Zoll- und Verbrauchssteuerentlastung von Waren, die an die Westgruppe der Streitkräfte der UdSSR geliefert werden vom 29. August 1990 (GBl. I Nr. 63 S. 1608) (BGBl. 1990 II S. 885, 1241).

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Gesetz
zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften
auf dem Gebiet der Energieeinsparung bei Geräten und Kraftfahrzeugen
(Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz – EnVKG)*)

Vom 30. Januar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Verbrauchskennzeichnung
und Verbrauchshöchstwerte

(1) Zur Verminderung des Verbrauchs an Energie und anderen wichtigen Ressourcen, von CO₂-Emissionen sowie zur damit im Zusammenhang stehenden Unterrichtung des Verbrauchers kann das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates

1. bestimmen, dass bei Geräten und Bestandteilen von Geräten (nachfolgend Geräte genannt) sowie bei Kraftfahrzeugen Angaben über den Verbrauch an Energie und anderen wichtigen Ressourcen sowie von CO₂-Emissionen und zusätzliche Angaben zu machen sind (Verbrauchskennzeichnung),
2. zulässige Höchstwerte für den Energieverbrauch von Geräten festlegen (Verbrauchshöchstwerte).

Rechtsverordnungen über die Verbrauchskennzeichnung bei Kraftfahrzeugen und über Verbrauchshöchstwerte dürfen nur zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften erlassen werden.

(2) Rechtsverordnungen über die Verbrauchskennzeichnung ergehen

1. bei Geräten im Einvernehmen mit den Bundesministerien für Arbeit und Sozialordnung sowie für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,
2. bei Kraftfahrzeugen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

*) Dieses Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie 92/57/EWG des Rates vom 22. September 1992 über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch Haushaltsgeräte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (ABl. EG Nr. L 297 S. 16), der Richtlinie 96/57/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. September 1996 über Anforderungen im Hinblick auf die Energieeffizienz von elektrischen Haushaltskühl- und -gefriergeräten und entsprechende Kombinationen (ABl. EG Nr. L 236 S. 36), der Richtlinie 1999/94/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen über den Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen beim Marketing für neue Personenkraftwagen (ABl. EG Nr. L 12 S. 16) sowie der Richtlinie 2000/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. September 2000 über Energieeffizienzanforderungen an Vorschaltgeräte für Leuchtstofflampen (ABl. EG Nr. L 279 S. 33).

(3) Rechtsverordnungen nach den Absätzen 1 und 2 können insbesondere regeln

1. die Arten der betroffenen Geräte und Kraftfahrzeuge,
2. bei Geräten
 - a) Inhalt und Form der Verbrauchskennzeichnung sowie sonstiger Nachweise,
 - b) Höchstwerte für den Energieverbrauch,
3. bei Kraftfahrzeugen Inhalt und Form der Verbrauchskennzeichnung wie
 - a) Hinweisschilder oder Bildschirmanzeigen am oder in der Nähe des Kraftfahrzeugs am Angebots- oder Verkaufsort,
 - b) Zusammenstellung von Angaben über verschiedene Fahrzeuge oder Fahrzeuggruppen durch Aushänge, Schautafeln oder Bildschirmanzeigen am Angebots- oder Verkaufsort,
 - c) Zusammenstellung von Angaben über am Markt angebotene Fahrzeuge in regelmäßigen Abständen sowie deren Veröffentlichung und Verteilung,
 - d) Angaben in der Werbung,
4. die anzuwendenden Messnormen und -verfahren,
5. Bestimmung und Befugnisse zuständiger Stellen und Behörden,
6. sonstige Fragen im Zusammenhang mit dem Inverkehrbringen oder der Inbetriebnahme von Geräten.

§ 2

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Rechtsverordnung nach § 1 Abs. 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

§ 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt das Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz vom 1. Juli 1997 (BGBl. I S. 1632), zuletzt geändert durch Artikel 163 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785), außer Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Zweites Gesetz zur Änderung des Postgesetzes

Vom 30. Januar 2002

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Postgesetzes

Das Postgesetz vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992), wird wie folgt geändert:

1. In § 51 Abs. 1 wird nach Nummer 6 das Komma durch einen Punkt ersetzt und Nummer 7 aufgehoben.
2. § 52 wird wie folgt gefasst:
„Für den Zeitraum der gesetzlichen Exklusivlizenz ist die Deutsche Post AG verpflichtet, Universaldienstleistungen im Sinne der gemäß § 11 Abs. 2 erlassenen Verordnung zu erbringen. Die §§ 12 bis 17 und 56 gelten für diesen Zeitraum nicht.“
3. In § 53 werden die Wörter „bis zum 31. Dezember 2002“ durch die Wörter „für die Zeit der gesetzlichen Exklusivlizenz“ ersetzt.
4. In § 54 werden die Wörter „bis zum 31. Dezember 2002“ durch die Wörter „der gesetzlichen Exklusivlizenz“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Post-Universaldienstleistungsverordnung

Die Post-Universaldienstleistungsverordnung vom 15. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2418) wird wie folgt geändert:

1. § 2 Nr. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Wörter „bis zum 31. Dezember 2005“ durch die Wörter „bis zum 31. Dezember 2007“ ersetzt.
 - b) In Satz 3 werden die Wörter „Bis zum 31. Dezember 2002“ durch die Wörter „Bis zum 31. Dezember 2007“ ersetzt.
 - c) In Satz 4 wird die Zahl „4 000“ durch die Zahl „2 000“ ersetzt.
 - d) In Satz 5 wird das Wort „Es“ durch die Wörter „In Gemeinden mit mehr als 4 000 Einwohnern und Gemeinden, die gemäß landesplanerischen Vorgaben zentralörtliche Funktionen haben,“ ersetzt.
 - e) Nach Satz 5 wird folgender Satz neu eingefügt:
„Daneben muss in allen Landkreisen mindestens je Fläche von 80 Quadratkilometern eine stationäre Einrichtung vorhanden sein.“
2. In § 2 Nr. 2 Satz 3 zweiter Halbsatz werden nach den Wörtern „die Leerungszeiten“ die Wörter „und die nächste Leerung“ eingefügt.

Artikel 3

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 2 beruhenden Teile der Post-Universaldienstleistungsverordnung können auf Grund der Ermächtigung des Postgesetzes durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und
wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

**Vierte Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen
gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen**

Vom 23. Januar 2002

Auf Grund des § 55a Abs. 1 und des § 106 Abs. 2 Satz 4 des Versicherungsaufsichtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2), § 55a zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 24 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1857), § 106 Abs. 2 Satz 4 geändert durch Artikel 4 Nr. 19 Buchstabe b des Gesetzes vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1377), in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 55a Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes auf das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen vom 10. Juli 1986 (BGBl. I S. 1094) verordnet das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen im Benehmen mit den Aufsichtsbehörden der Länder und nach Anhörung des Versicherungsbeirates gemäß § 55a Abs. 2 des Versicherungsaufsichtsgesetzes:

Artikel 1

Die Verordnung über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen gegenüber dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen vom 14. Juni 1995 (BGBl. I S. 858), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. April 1999 (BGBl. I S. 725), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 2 wird die Angabe „eine Million Deutsche Mark“ durch die Angabe „500 000 Euro“ ersetzt.
2. In § 4 Abs. 2 Satz 1 wird die Angabe „250 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „125 000 Euro“ ersetzt.
3. In § 11 Abs. 2 wird die Angabe „fünf Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „drei Millionen Euro“ ersetzt.
4. § 27 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden die Angabe „sechs Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „drei Millionen Euro“ und die Angabe „60 Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „30 Millionen Euro“ ersetzt.
 - b) In Nummer 2 werden die Angabe „zwei Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „eine Million Euro“ und die Angabe „20 Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „10 Millionen Euro“ ersetzt.
 - c) In den Nummern 3 und 4 wird die Angabe „zwei Millionen Deutsche Mark“ jeweils durch die Angabe „eine Million Euro“ ersetzt.
5. § 28 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird die Angabe „250 000 Deutsche Mark“ durch die Angabe „125 000 Euro“ ersetzt.
 - b) In Nummer 4 wird die Angabe „fünf Millionen Deutsche Mark“ durch die Angabe „zwei Millionen fünfhunderttausend Euro“ ersetzt.
6. § 31a wird aufgehoben.
7. Anlage 2 Abschnitt A wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 7 (Anmerkungen zur Nachweisung 104) wird wie folgt geändert:
 - aa) In Unternummer 1 Satz 1 erster Spiegelstrich werden die Wörter „oder seinen Denominationen (z. B. Deutsche Mark)“ gestrichen.
 - bb) In Unternummer 4 werden die Wörter „oder seinen Denominationen“ gestrichen.
 - b) In Nummer 11 (Anmerkungen zur Nachweisung 301) Unternummer 1 Satz 1 und 2 wird jeweils die Angabe „5 Mio. DM“ durch die Angabe „2,5 Mio. €“ ersetzt.
 - c) In den Nummern 24, 25 und 41 (Anmerkungen zu den Nachweisungen 260, 261 und 262), jeweils Unternummer 1 Satz 2, wird jeweils die Angabe „1 Mio. DM“ durch die Angabe „500 000 €“ ersetzt.
 - d) In den Nummern 44, 46, 50 und 51 (Anmerkungen zu den Nachweisungen 241, 243, 263 und 264), jeweils Unternummer 1 Satz 2, wird jeweils die Angabe „250 000 DM“ durch die Angabe „125 000 €“ ersetzt.
 - e) In Nummer 48 (Anmerkungen zur Nachweisung 246) Unternummer 1 wird die Angabe „250 000 DM“ durch die Angabe „125 000 €“ ersetzt.
 - f) Nummer 58 (Anmerkungen zu Muster 1) wird wie folgt geändert:
 - aa) In Unternummer 3 Satz 1 werden die Wörter „Deutscher Mark“ durch das Wort „Euro“ ersetzt.
 - bb) Unternummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Für die Ermittlung der Zeitwerte gilt § 56 RechVersV.“

- g) Nummer 59 (Anmerkungen zu Muster 2) Unternummer 1 Satz 5 Buchstabe a bis i wird wie folgt gefasst:
„a) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
5 Mio. €:	125 000 €
b) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
50 Mio. €:	250 000 €
c) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
125 Mio. €:	500 000 €
d) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
250 Mio. €:	1 000 000 €
e) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
500 Mio. €:	1 500 000 €
f) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
1 000 Mio. €:	2 000 000 €
g) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
2 500 Mio. €:	3 000 000 €
h) bei Brutto-Beiträgen bis zu	
5 000 Mio. €:	4 000 000 €
i) bei Brutto-Beiträgen über	
5 000 Mio. €:	5 000 000 €“.
- h) In Nummer 60 (Anmerkungen zu Muster 3) Unternummer 3 Satz 3 und in Nummer 61 (Anmerkungen zu Muster 4) Unternummer 4 wird jeweils die Angabe „DM“ durch das Wort „Euro“ ersetzt.
- i) In Nummer 61 (Anmerkungen zu Muster 4) Unternummer 1 Satz 4 und in Nummer 62 (Anmerkungen zu Muster 5) Unternummer 1 Satz 6 wird jeweils die Angabe „20 000 DM“ durch die Angabe „10 000 €“ ersetzt.
- j) In Nummer 63 (Anmerkungen zu Muster 6) Unternummer 3 Satz 1 werden die Wörter „Deutscher Mark“ durch das Wort „Euro“ ersetzt.
8. Anlage 2 Abschnitt C wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 3.3.3.2 wird wie folgt gefasst:
- „3.3.3.2 Absolute Beträge sind ohne Dezimalstellen anzugeben. Unter 0,5 € oder unter 500 € (bei TsdEuro) ist abzurunden und ansonsten aufzurunden. Centbeträge oder Beträge unter 1 TsdEuro können jedoch auch unter Verzicht auf die Auf-/Abrundung einfach weggelassen werden, sofern die Auf- und Abrundung einen unverhältnismäßig hohen Aufwand verursachen würde.“
- b) Nummer 3.3.3.3 wird wie folgt gefasst:
- „3.3.3.3 Zwischensummen und Endsummen sind jeweils nicht durch Neuberechnung aus den centlosen Euro-Beträgen oder TsdEuro-Beträgen, sondern ebenfalls durch Auf-/Abrundung oder – alternativ – Streichung der Centbeträge oder Beträge unter 1 TsdEuro zu ermitteln.“
- c) Nummer 4 wird wie folgt gefasst:
- „4. Version
- Die Unterlagen sind in Euro vorzulegen. Die Beträge sind in vollen „Euro“ oder „TsdEuro“ anzugeben. In der Kopfzeile der Formblätter und Nachweisungen ist in dem Feld „Version“ die Zahl „3“ einzusetzen.“
9. In der Nachweisung 245 wird die Angabe „100 TDM“ jeweils durch die Angabe „50 TsdEuro“ ersetzt.
10. In den Formblättern, Nachweisungen und Mustern werden die Angabe „DM“ jeweils durch die Angabe „Euro“ und die Angabe „TDM“ jeweils durch die Angabe „TsdEuro“ ersetzt.
11. In Muster 1 Seite 2 werden die Überschrift der Spalten 6 bis 8 „Veränderungen im Geschäftsjahr“ durch die Überschrift „Bestand am Ende des Geschäftsjahres“ sowie in Spalte 8 das Wort „Börsenkurswert“ durch das Wort „Zeitwert“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie ist erstmals auf das nach dem 31. Dezember 2001 endende Geschäftsjahr anzuwenden.

Bonn, den 23. Januar 2002

Der Präsident
des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen
Helmut Müller

**Erste Verordnung
zur Änderung der Anwerbestoppausnahmereverordnung**

Vom 30. Januar 2002

Auf Grund des § 288 Abs. 1 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung – (Artikel 1 des Gesetzes vom 24. März 1997, BGBl. I S. 594, 595) verordnet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung:

Artikel 1

§ 4 der Anwerbestoppausnahmereverordnung vom 17. September 1998 (BGBl. I S. 2893), die durch Artikel 3 § 50 des Gesetzes vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 9 wird folgender Absatz 9a eingefügt:
„(9a) Für die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung bis zu drei Jahren kann Ausländern für hauswirtschaftliche Arbeiten in Haushalten mit Pflegebedürftigen im Sinne des Elften Buches Sozialgesetzbuch bis zum 31. Dezember 2002 die Arbeitserlaubnis erteilt werden, wenn die Haushaltshilfe auf Grund einer Absprache der Bundesanstalt für Arbeit mit der Arbeitsverwaltung des Herkunftslandes über das Verfahren, die Auswahl und die Vermittlung vermittelt worden ist.“
2. In Absatz 10 werden nach den Wörtern „Absätzen 4 bis 7“ die Wörter „und 9a“ eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. Januar 2002

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Riester

**Verordnung
zu § 82 des Bundesdisziplingesetzes**

Vom 31. Januar 2002

Auf Grund des § 82 des Bundesdisziplingesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) verordnet das Bundesministerium des Innern:

§ 1

(1) Dienstvorgesetzte der ihnen nachgeordneten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz im Sinne des § 33 Abs. 2 des Bundesdisziplingesetzes sind

1. die Bundesministerin oder der Bundesminister des Innern,
2. die Präsidentinnen oder Präsidenten der Grenzschutzpräsidien,
die Leiterin oder der Leiter der Grenzschutzdirektion,
die Leiterin oder der Leiter der Grenzschutzschule und des Fachbereichs Bundesgrenzschutz der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
3. die Leiterinnen oder Leiter der Bundesgrenzschutzämter,
die Führerinnen oder Führer der Bundesgrenzschutzabteilungen,
die Leiterinnen oder Leiter der Ausbildungs- und Fortbildungszentren,
die Führerinnen oder Führer der Bundesgrenzschutzfliegerstaffeln,
die Führerin oder der Führer der Bundesgrenzschutzfliegergruppe,
die Leiterin oder der Leiter der Grenzschutzgruppe 9,
die Leiterin oder der Leiter der Zentralstelle für Information und Kommunikation im Bundesgrenzschutz,
die Leiterin oder der Leiter der Studienorganisation beim Fachbereich Bundesgrenzschutz der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
4. die Leiterinnen oder Leiter der Bundesgrenzschutzinspektionen,
die Führerinnen oder Führer von Hundertschaften,
die Leiterinnen oder Leiter der Informations- und Kommunikations-Aufklärungsdienste,
die Einheitsführerinnen oder Einheitsführer der Unterstützungseinheiten,
die Leiterin oder der Leiter der Bundesgrenzschutz-Sportschule Bad Endorf.

(2) Dienstvorgesetzte der ihnen nachgeordneten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz im Sinne des § 33 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 5 des Bundesdisziplingesetzes sind die in Absatz 1 Nr. 2 genannten Vorgesetzten.

§ 2

Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Bundesministerium des Innern im Sinne des § 33 Abs. 2 des Bundesdisziplingesetzes ist die Bundesministerin oder der Bundesminister des Innern.

§ 3

Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten im Bundeskriminalamt im Sinne des § 33 Abs. 2 des Bundesdisziplinargesetzes sind die Bundesministerin oder der Bundesminister des Innern und die Präsidentin oder der Präsident des Bundeskriminalamtes.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. Januar 2002

Der Bundesminister des Innern
Schily

Zweite Verordnung zur Änderung der Arbeitsaufenthalteverordnung

Vom 4. Februar 2002

Auf Grund des § 10 Abs. 2 des Ausländergesetzes vom 9. Juli 1990 (BGBl. I S. 1354), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. Juni 1993 (BGBl. I S. 1062) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium des Innern:

Artikel 1

Die Arbeitsaufenthalteverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2994), zuletzt geändert durch Artikel 35 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift wird das Wort „Aufenthaltsurlaubnis“ durch das Wort „Aufenthaltsgenehmigung“ ersetzt.
 - b) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 4a eingefügt:

„(4a) Ausländern kann für eine versicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung für hauswirtschaftliche Arbeiten in Haushalten mit Pflegebedürftigen im Sinne des Elften Buches Sozialgesetzbuch bis zum Ablauf des 31. Dezember 2002 erstmals eine Aufenthaltsbewilligung erteilt und bis zu einer Gesamtgeltungsdauer von längstens drei Jahren verlängert werden.“
 - c) In Absatz 5 werden die Angabe „Absätzen 2 bis 4“ durch die Angabe „Absätzen 2 bis 4a“ und das Wort „Aufenthaltsurlaubnis“ durch das Wort „Aufenthaltsgenehmigung“ ersetzt.
2. § 5 Nr. 10 wird wie folgt gefasst:

„10. Berufssportlern und Berufstrainern, deren Einsatz in deutschen Sportvereinen oder vergleichbaren sportlichen Einrichtungen, soweit sie am Wettkampfsport teilnehmen, vorgesehen ist, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet haben und eine Vereinbarung mit dem Verein oder der Einrichtung über ein Gehalt nachweisen, das mindestens 50 Prozent der Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Rentenversicherung beträgt, und der für die Sportart zuständige deutsche Spitzenverband im Einvernehmen mit dem Deutschen Sportbund ihre sportliche Qualifikation als Berufssportler oder ihre fachliche Eignung als Trainer bestätigt; auf die Verlängerung von Aufenthaltsurlaubnissen bei am 7. Februar 2002 bestehenden Vertragsverhältnissen findet Nummer 10 in der bis zum 7. Februar 2002 geltenden Fassung Anwendung.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den 4. Februar 2002

Der Bundesminister des Innern
Schily

Post-Lizenzgebührenverordnung (PLGebV)

Vom 4. Februar 2002

Auf Grund des § 8 Satz 3 des Postgesetzes vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294), der durch Artikel 229 Nr. 1 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785) geändert worden ist, in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821) verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium der Justiz:

§ 1

Gebühren

(1) Für die Erteilung einer Lizenz und für die Zustimmung zur Übertragung einer Lizenz erhebt die Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post Gebühren nach Maßgabe des § 2 und Auslagen nach Maßgabe des § 10 des Verwaltungskostengesetzes.

(2) Für die Ablehnung, den Widerruf und die Rücknahme einer Lizenzerteilung oder einer Zustimmung zur Lizenzübertragung sowie in den Fällen der Zurücknahme eines Antrages auf Lizenzerteilung oder auf Zustimmung zur Lizenzübertragung werden Gebühren nach Maßgabe des § 15 des Verwaltungskostengesetzes und Auslagen nach Maßgabe des § 10 des Verwaltungskostengesetzes erhoben.

(3) Verzichtet ein Lizenznehmer, dem vor der Verkündung der Verordnung eine Lizenz erteilt wurde, innerhalb

von vier Wochen nach Zugang des Gebührenbescheids auf die Lizenz und gibt die ihm ausgehändigte Lizenzurkunde der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post zurück, wird keine Gebühr erhoben. Dies gilt auch, wenn der Lizenznehmer seinen Verzicht vor der Verkündung der Verordnung erklärt und die Lizenzurkunde zurückgegeben hat.

§ 2

Gebührenhöhe

(1) Die Gebühr für die Erteilung einer Lizenz zur Beförderung von Briefsendungen beträgt mindestens 175 Euro und höchstens 700 Euro.

(2) Die Gebühr für die Zustimmung zur Übertragung einer Lizenz beträgt 50 Prozent der nach Absatz 1 festgesetzten Gebühr.

§ 3

Anrechnung von Auslagen

Auslagen sind in die Gebühren einbezogen.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1998 in Kraft.

Berlin, den 4. Februar 2002

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

**Anordnung
zur Durchführung des Bundesdisziplingesetzes
für den Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

Vom 31. Januar 2002

Auf Grund des § 33 Abs. 5, des § 34 Abs. 2 Satz 2, des § 42 Abs. 1 Satz 2 und des § 84 Satz 2 des Bundesdisziplingesetzes vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510) ordne ich an:

I.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums
des Innern ohne Bundesgrenzschutz**

1.

Den Leitern der Behörden des Geschäftsbereichs werden für die ihnen nachgeordneten Beamten folgende Befugnisse übertragen:

- a) Festsetzung der Kürzung der Dienstbezüge gemäß § 33 Abs. 3 Nr. 1,
- b) Erhebung der Disziplinar Klage bei Beamten des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes gemäß § 34 Abs. 2 Satz 1,
- c) Ausübung der Disziplinarbefugnisse bei Ruhestandsbeamten gemäß § 84.

2.

Die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden gemäß § 42 Abs. 1 wird für die von ihnen erlassenen Verwaltungsakte auf die Behörden des Geschäftsbereichs übertragen.

II.

Bundesgrenzschutz

1.

Die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zu § 82 des Bundesdisziplingesetzes genannten Dienstvorgesetzten können eine Kürzung der Dienstbezüge bis zum Höchstmaß festsetzen.

2.

Die Zuständigkeit zur Erhebung der Disziplinar Klage gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte des mittleren und des gehobenen Polizeivollzugsdienstes wird auf die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zu § 82 des Bundesdisziplingesetzes genannten Vorgesetzten übertragen.

3.

Die Zuständigkeit zum Erlass von Widerspruchsbescheiden wird auf die in § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zu § 82 des Bundesdisziplingesetzes genannten Vorgesetzten übertragen, soweit diese oder die in § 1 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 der Verordnung zu § 82 des Bundesdisziplingesetzes genannten Vorgesetzten den mit dem Widerspruch angefochtenen Verwaltungsakt erlassen haben.

4.

Die Disziplinarbefugnisse der obersten Dienstbehörde in Verfahren gegen Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte werden den vor Beginn des Ruhestandes zuständigen Einleitungsbehörden übertragen.

Berlin, den 31. Januar 2002

Der Bundesminister des Innern
Schily

Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. Januar 2002 – 1 BvR 1236/99 – wird folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

§ 14 Absatz 4 des Gesetzes über den Ladenschluss vom 28. November 1956 (Bundesgesetzblatt I Seite 875) verletzt die Beschwerdeführerin in ihrem Grundrecht aus Artikel 12 Absatz 1 des Grundgesetzes. Die Vorschrift ist mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig.

Die vorstehende Entscheidungsformel hat gemäß § 31 Abs. 2 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes Gesetzeskraft.

Berlin, den 28. Januar 2002

Die Bundesministerin der Justiz
Däubler-Gmelin

Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 114-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 29. Oktober 2001 (BGBl. I S. 2785), wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Datum und Bezeichnung der Verordnung	Seite	Bundesanzeiger (Nr. vom)	Tag des Inkrafttretens
17. 12. 2001 Ausführungsbestimmungen zum Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf der Mosel zwischen Thionville (Diedenhofen) und Koblenz (Coblence) neu: 9500-16-1; 9500-9-1	461	(8 12. 1. 2002)	1. 1. 2002
3. 12. 2001 Siebente Verordnung der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord zur Änderung der Schutz- und Sicherheitshafenverordnung 9511-25	789	(12 18. 1. 2002)	19. 1. 2002
10. 12. 2001 Achte Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Hundertfünfundvierzigsten Durchführungsverordnung zur Luftverkehrs-Ordnung (Festlegung von Flugverfahren für An- und Abflüge nach Instrumentenflugregeln zum und vom Flughafen Hahn) 96-1-2-145	1041	(14 22. 1. 2002)	24. 1. 2002
16. 1. 2002 Erste Verordnung des Luftfahrt-Bundesamts zur Änderung der Sechsten Durchführungsverordnung zur Betriebsordnung für Luftfahrtgerät (Anwendungsbestimmungen zu den JAR-OPS-3 – Gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Sachen in Hubschraubern) 96-1-14-6	1041	(14 22. 1. 2002)	23. 1. 2002
22. 1. 2002 Erste Verordnung zur vorübergehenden Beschränkung der Zulassung von Zusatzstoffen neu: 2125-40-71/1	1185	(16 24. 1. 2002)	25. 1. 2002
7. 1. 2002 Tarif für die Schifffahrtsabgaben auf der Mosel zwischen Thionville (Diedenhofen) und Koblenz (Coblence) neu: 9500-16; 9500-9	1545	(19 29. 1. 2002)	1. 1. 2002

Hinweis auf das Bundesgesetzblatt Teil II

Nr. 3, ausgegeben am 23. Januar 2002

Tag	Inhalt	Seite
17. 1. 2002	Gesetz zu dem Abkommen vom 12. Juli 2001 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über Sozialversicherung GESTA: XG009	82
17. 1. 2002	Gesetz zu den Änderungen von 1995 und 1998 des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Gesetz zu Änderungen des Basler Übereinkommens) GESTA: XN006	89
7. 11. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung des Teiles XI des Seerechts-Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982	110
29. 11. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Erklärung über die Anerkennung des Flaggenrechts der Staaten ohne Meeresküste	111
30. 11. 2001	Bekanntmachung des deutsch-mosambikanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	111
11. 12. 2001	Bekanntmachung des deutsch-türkischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	113
11. 12. 2001	Bekanntmachung des deutsch-türkischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	114
12. 12. 2001	Bekanntmachung des deutsch-senegalesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	116
12. 12. 2001	Bekanntmachung des deutsch-senegalesischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit ...	118
13. 12. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Abkommens zur Bekämpfung der Falschmünzerei	119

Hinweis

Die Angaben unter einer Überschrift bedeuten:

FNA: Fundstellennachweis A mit den maßgeblichen Gliederungsnummern (Fundstellennachweis A „Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen“, abgeschlossen zum 31. Dezember des vorangegangenen Jahres, zu beziehen von der Bundesanzeiger Verlagsges.mBH., Postfach 13 20, 53003 Bonn, oder durch den Buchhandel),

GESTA: Dokumentation „Stand der Gesetzgebung des Bundes“ mit der maßgeblichen Ordnungsnummer (Loseblattsammlung für die laufende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, zu beziehen von der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co KG, Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden, oder durch den Buchhandel).

Die Neuauflage des Fundstellennachweises B (Völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge zur Vorbereitung und Herstellung der Einheit Deutschlands), abgeschlossen am 31. Dezember 2001, wird am 28. Januar 2002 ausgegeben und allen Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II gesondert übersandt.

Preis dieser Ausgabe: 5,10 € (4,20 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,70 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Nr. 4, ausgegeben am 31. Januar 2002

Tag	Inhalt	Seite
12. 12. 2001	Bekanntmachung der deutsch-chinesischen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens	122
14. 12. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen	123
14. 12. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	124
14. 12. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte	125
4. 1. 2002	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an Unternehmen, die mit Dienstleistungen auf dem Gebiet analytischer Tätigkeiten für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten beauftragt sind (Korrekturvereinbarung)	126
21. 1. 2002	Bekanntmachung der Neufassung des Anhangs zu dem Übereinkommen vom 16. November 1989 gegen Doping	128

Dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts sind für die Abonnenten das Titelblatt, die Zeitliche Übersicht und das Sachverzeichnis für den Jahrgang 2001 des Bundesgesetzblatts Teil II beigefügt.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Hinweis auf Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften,

die mit ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften unmittelbare Rechtswirksamkeit in der Bundesrepublik Deutschland erlangt haben.

Aufgeführt werden nur die Verordnungen der Gemeinschaften, die im Inhaltsverzeichnis des Amtsblattes durch Fettdruck hervorgehoben sind.

Datum und Bezeichnung der Rechtsvorschrift	ABI. EG	
	– Ausgabe in deutscher Sprache – Nr./Seite	vom
27. 12. 2001 Verordnung (EG) Nr. 2565/2001 der Kommission zur Eröffnung von Gemeinschaftszollkontingenten für Schafe und Ziegen sowie Schaf- und Ziegenfleisch für das Jahr 2002 und zur Abweichung von der Verordnung (EG) Nr. 1439/95	L 344/31	28. 12. 2001
21. 12. 2001 Verordnung (EG) Nr. 2566/2001 der Kommission zur Eröffnung und Verwaltung eines Gemeinschaftszollkontingents für Erzeugnisse der KN-Codes 07141010, 07141091 und 07141099 mit Ursprung in Thailand (2002)	L 344/35	28. 12. 2001
21. 12. 2001 Verordnung (EG) Nr. 2567/2001 der Kommission zur Einstellung des Heringsfangs durch Schiffe unter der Flagge der Niederlande	L 344/40	28. 12. 2001

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Bundesgesetzblatt-Einbanddecken 2001

Teil I: 24,60 € (3 Einbanddecken) einschließlich Porto und Verpackung

Teil II: 8,20 € (1 Einbanddecke) einschließlich Porto und Verpackung

Ausführung: Halbleinen, Rücken mit Goldschrift, wie in den vergangenen Jahren.

Hinweis: Einbanddecken für Teil I und Teil II können auch zur Fortsetzung bestellt werden.

Achtung: Zur Vermeidung von Doppellieferungen bitten wir vor der Bestellung zu prüfen, ob Sie nicht schon einen Fortsetzungsauftrag für Einbanddecken erteilt haben.

Die Titelblätter mit den Hinweisen für das Einbinden, die Zeitlichen Übersichten und die Sachverzeichnisse für den Jahrgang 2001 des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II wurden für die Abonnenten den Ausgaben des Bundesgesetzblatts 2002 Teil I Nr. 5 und 7 und Teil II Nr. 4 beigelegt.

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH.

Vertriebsabteilung Bundesgesetzblatt · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Fax: (02 28) 3 82 08 - 38 · e-mail: vertriebbonn@bundesanzeiger.de